



liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 14. Juni 2007.

Abgelehnt wurde durch CDU, FDP u. Reichert, den Tagesordnungspunkt Zusammenarbeit in der Informationstechnik Düsseldorf/Neuss/Mönchengladbach im öffentlichen Teil zu behandeln.

#### v Aktuelle Anfragen

In einer aktuellen Anfrage von BÜ 90 ging es um die tumultartigen Szenen am Taxistand Heinrich-Heine-Allee. Nach Auskunft der Verwaltung haben die Taxikontrolleure der Taxi-Innung nicht die Fahrgäste wie vereinbart durch Megaphone vom Bolker Kopf zum Grabbeplatz geschickt. Die Taxi-Innung habe als Grund genannt, dass zum Grabbeplatz ohnehin kein Taxi durchkam.

#### v Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der SPD zu den baulichen Zuständen an der griechischen Schule führte die Verwaltung aus, dass mehrere Untersuchungen der Gesundheitsbehörden keine Belastungen durch Schadstoffe, Schimmelpilze oder Feuchtigkeit nachgewiesen haben. Dem griech. Konsulat wurden neue Räumlichkeiten in einem ehemaligen Gewerbekomplex in Flingern und ein Erweiterungsbau am Werstener Feld 55 angeboten. Beides wurde zunächst vom Konsulat abgelehnt, es werden aber weitere Gespräche geführt.

SPD und CDU fragten nach den Auswirkungen des neuen Kinderbildungsgesetzes, das durch die Landesregierung eingeführt werden soll. Die Verwaltung sieht die Belange der großen Städte nicht berücksichtigt, da z. B. die Zielvorgaben – 25 % der Kindergartenplätze für 3 bis 6jährige als Übermittagbetreuung, 20 % Betreuungsquote für unter 3-Jährige – deutlich unter den Bedarfen in Düsseldorf – 70 % Übermittagbetreuung, 35 % Nachfrage nach Betreuungsplätzen für unter 3 Jährige - liegen. Als weitere problematische Punkte nannte die Verwaltung den nicht berücksichtigten hohen Mietspiegel und die je nach Sozialstruktur nicht erreichbare Finanzierungsquote von 19 % aus Elternbeiträgen. Im Bereich der offenen Ganztagschule wird Düsseldorf die Anzahl der Plätze von 7014 ab Schuljahr 2007/8 auf 9500 bis 2011/12 ausbauen. Ab 1.8.07 gibt es 43 Familienzentren, die pro Kindergartenjahr 12.000 Euro für ihre familienbezogene Arbeit erhalten. Fünf Einrichtungen haben bereits das Gütesiegel NRW erhalten.

BÜ 90 fragen nach den kommunalen Handlungsfeldern im Bereich der Altersdiskriminierung. Die Verwaltung führte aus, dass die in diesem Zusammenhang vom Seniorenbeirat erarbeitete Stellungnahme an Personen und

Institutionen innerhalb und außerhalb der Verwaltung übersandt wurde, mit dem Ziel für das Thema Altersdiskriminierung zu sensibilisieren.

Die Sammlung von Fällen der Diskriminierung ist noch nicht abgeschlossen. Eine besondere Kampagne zu diesem Thema ist in Düsseldorf nicht geplant.

#### v Anträge der Fraktionen

Interfraktionell beauftragte der Rat die Verwaltung, im Zusammenhang mit dem Stadtentwicklungskonzept 2020+ bis zum 1. Quartal 2008 ein umfassendes Handlungskonzept „Zukunftsaufgabe Wohnen im Alter“ zu erarbeiten und begleitend eine oder mehrere Forumsveranstaltungen durchzuführen. Dabei sollen verschiedene Wohnformen, Konzepte und realisierte Projekte auch aus anderen Kommunen vorgestellt werden. Die Veranstaltung soll sich an mögliche Investoren, Architekten, Immobilieneigentümer, Makler und politische Entscheidungsträger richten. Künftige Nutzer könnten durch das Fachforum Lebensraum Stadt der lokalen Agenda und die in der Seniorenarbeit engagierten Verbände repräsentiert werden. In die Vorbereitung soll der Seniorenbeirat eingebunden werden. Ein Ergänzungsantrag der Linken, ein Konzept zum deutlichen Ausbau öffentlich geförderter barrierefreier Wohnungen wurde abgelehnt.

Bei Enthaltung der linken Liste wurde ein Antrag von SPD und BÜ 90 in den Personal- und Organisationsausschuss überwiesen. Ziel des Antrags ist die Verwaltung zu beauftragen, Grundsatzregelungen der Personalwirtschaft und –entwicklung zu entwerfen. Hierzu gehören Bedarfsplanung, Auswahlverfahren, Stellenausschreibungen und Ausbildung.

Einstimmig beschloss der Rat einen interfraktionellen Antrag „Leitlinien für energieeffizientes Bauen“. Zur Erreichung der energiepolitischen Ziele der EU in Düsseldorf beauftragte er die Verwaltung, die energetische Sanierungsquote ab dem Jahr 2008 zu verdoppeln und die Haushaltsmittel entsprechend zu erhöhen. Für Neubauten und Sanierungen von kommunalen Gebäuden sollen Energie-Leitlinien erarbeitet werden, nach denen die Energieverbrauchswerte um mindestens 30 % unter den Vorgaben der Energieeinsparverordnung liegen und die für 2009 angekündigte Verschärfung vorweggenommen wird.

Mit den Stimmen von SPD, BÜ 90, FDP, Linken Lemmer, Krüger wurde gegen CDU bei Enthaltung von Reichert und Boeker (CDU) ein Antrag von SPD, BÜ 90, FDP beschlossen, durch den die Verwaltung beauftragt wurde, auch künftig auf der Tonhallen-Terrasse ein gastronomisches Angebot zu ermöglichen. Obwohl eine Baugenehmigung bis zum Jahr 2014 erteilt wurde, soll nach Vortrag der Verwaltung eine Genehmigung der Denkmalbehörde nur für das Jahr 2004 gegolten haben, während in den letzten zwei Jahren eine Nutzung rechtswidrig erfolgte. Nach der Beschlussfassung kündigte der Oberbürgermeister an Beanstandung des Ratsbeschlusses an.

Abgelehnt haben CDU, FDP, Reichert (Enthaltung Linke) einen Antrag von BÜ 90 eine Erklärung des Rates zur Abstimmung zu bringen, durch die er mit Bestürzung zur Kenntnis nimmt, dass erneut die Demonstration von schwulen und lesbischen BürgerInnen in Moskau verboten wurde und diese BürgerInnen nicht vor gewalttätigen Übergriffen geschützt wurden.

#### v Anträge aus Bezirksvertretungen

Mit den Stimmen von CDU, FDP, Krüger, Reichert lehnte der Rat Beschlüsse der Bezirksvertretungen 2 und 8 und einen ähnlich lautenden Antrag der Linken ab,

einen Appell an den Ministerpräsidenten zu verabschieden, den Beschluss zum

Verkauf der LEG-Wohnungen zurück zu nehmen oder alternativ zu prüfen, ob und wie die Wohnungen durch die Stadt gekauft werden können.

Mit den Stimmen von CDU, FDP, Krüger, Reichert lehnte der Rat den einstimmigen Beschluss der Bezirksvertretung 1 ab, die Verwaltung möge prüfen, wie die Umrisse der geplanten Gebäude auf dem Jan-Wellem-Platz mittels Gerüst dargestellt werden können und der Wegfall der Straßenverbindung von der Berliner Allee Richtung Altstadt über die Elberfelder Straße als Praxisversuch simuliert werden kann.

#### v Personalien

Einstimmig beschloss der Rat eine Ausschussumbesetzung: Anstelle von Rolf-Jürgen Bräer wird nun Markus Raub Mitglied des Haupt- und Finanzausschuss. Der Rat empfahl bei Enthaltung der linken dem Ministerpräsidenten, Herrn Stadtdirektor Rattenhuber erneut zum stellvertretenden Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Kunstsammlung NRW“ zu bestellen und berief Mitglieder in das Gutachtergremium für Entschädigungen beim U-Bahn-Bau.

Für die ausgeschiedene Dr. Illigen-Günther wählte der Rat bei Enthaltung der Linken Frau Pöppelbaum als stellvertretendes Mitglied in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Unterbacher See.

Nach Verkauf von 51 % des Stammkapitals der Kliniken und Seniorenzentren berief der Rat die bisherigen städtischen Aufsichtsratsmitglieder ab und entsandte nunmehr Herrn Stadtdirektor Rattenhuber, Frau Hildegard Kempkes (CDU) und Frau Charlotte Nieß-Mache (BÜ 90) in den Aufsichtsrat der Sana Kliniken Düsseldorf GmbH. Einstimmig beschloss der Rat einen interfraktionellen Antrag, durch den er sich für die Einrichtung eines Beirats an den Sana Kliniken Düsseldorf, in den alle Fraktionen Mitglieder entsenden und der weitere Fachleute hinzuziehen kann, aussprach.

Der Rat wählte einstimmig Frau Willwer vom Caritasverband als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

#### v Verwaltungsvorlagen

Der Rat entlastete gegen die Linken Vorstand, Verwaltungsrat und Kreditausschuss der Stadtparkasse und beschloss bei Enthaltung der Linken, einen Teilbetrag von 4 Mio des Bilanzgewinnes der Stadt zuzuführen.

Der Rat beschloss gegen die Linken die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans sowie die Änderung der Gebührentarife für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes. Entgegen der ursprünglichen Planung wird vorerst auf die Verlegung der Rettungswachenstation Kronprinzenstraße in das Hafengebiet, der Notarztstation Münsterstraße zur geplanten Feuer- und Rettungswache Nord/Flughafen sowie des Notarzteinsatzfahrzeuges von der Rettungswache Behrenstraße zum Hanielpark verzichtet. Die Reserve-Rettungswagen werden von fünf auf acht Fahrzeuge und die Reserve-Notarzteinsatzfahrzeuge von zwei auf drei erhöht. Rettungsdienstfahrzeuge werden künftig in kürzerer Zeit abgeschrieben. Weitere Gründe für die Gebührenerhöhung sind i.W. erhöhte Notarztkosten aufgrund des Tarifabschlusses für Ärzte an städtischen Kliniken und rückläufige Transportzahlen.

Der Rat beschloss bei Enthaltung der Linken die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 524.000 Euro für die Mitfinanzierung einer fünfgruppigen

Kindertagesstätte. Die Firma Henkel belegt drei Gruppen als Betriebskindergarten, zwei Gruppen werden öffentlich belegt. Die Kindertagesstätte wird von Henkel an der Niederheider Straße errichtet, vom AWO Familienglobus betrieben und verfügt über 35 Plätze für unter dreijährige Kinder sowie 40 Plätze für drei- bis sechsjährige Kinder.

Einstimmig beschloss der Rat die Förderung der Betriebskosten der Kindertagesstätte Einbrunger Str. 60 der Educon gGmbH. Dort werden 15 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren geschaffen.

Der Rat beschloss gegen Linke eine Zustiftung an die Stiftung Pro Sport bis zur Höhe von insg. 410.000 Euro, wovon 102.000 Euro sofort eingebracht werden. Die 1996 ins Leben gerufene Stiftung fördert erfolgversprechende NachwuchssportlerInnen. Die Zustiftung resultiert aus der Liquidation der Rhein Ruhr 2012 GmbH. Vorsitzende der Stiftung ist Ehrenoberbürgermeisterin Marlies Smeets.

Der Rat nahm einstimmig mit Dank die Schenkung eines Gemäldes des Freundeskreises des Stadtmuseums Düsseldorf e.V.

Der Rat beschloss gegen Lemmer und Linke bei Enthaltung Krüger die endgültige Auflösung der städt. Gemeinschaftsgrundschule Mettmanner Straße zum 1.8.2007, die nur noch von 31 Kindern der Klassen 3 und 4 besucht wird. Diese werden gemeinsam mit den Kindern der Katholischen Grundschule Mettmanner Straße unterrichtet.

Der Rat beschloss einstimmig, die städtische Jan-Wellem-Schule, städt. Förderschule Schwerpunkt Lernen, Franklinstr. 5, in eine Halbtags- und Verbundschule mit dem Förderschwerpunkten Lernen sowie Emotionale und soziale Entwicklung in kooperativer Form umzuwandeln und bei der Alfred Herrhausen-Schule, Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße, den Schwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung auf die Jahrgangsstufen 5 bis 10 auszudehnen.

Der Rat verlieh einstimmig Förderpreise in Höhe von jeweils mit 4000 Euro

- dem Bildhauer Martin Pfeifle und der Bildhauerin Monika Stricker (bildende Kunst),
- dem Künstlerduo half past selber schuld (darstellende Kunst)
- der Autorin Pia Helfferich (Literatur),
- der Pianistin Yukiko Fujieda und dem Gitaristen André Krengel (Musik),
- dem Wirtschaftswissenschaftler Dr. Dirk Schmittmann.

Der Rat nahm einstimmig die Berichte zur Umsetzung des Frauenförderplans und des Instituts für Denkmalschutz und Denkmalpflege über das Jahr 2006 zur

Kentnis.

Der Rat beschloss gegen einige Stimmen aus allen Parteien verkaufsoffene Sonntage am 7.10., 28.10., 4.11. und 2.12. im gesamten Stadtgebiet mit Ausnahme der Stadtteile, die die vier verkaufsoffenen Sonntage schon für separate Stadtteilveranstaltungen in Anspruch genommen hatten. Außerdem beschloss er ebenso verkaufsoffene Sonntag in Benrath (9.9. und 28.10.), Kaiserswerth (16.9. und 9.12.), Oberkassel (5.8.), Eller (9.9.), Gerresheim (9.9. und 23.12.) sowie Pempelfort (11.11.) und genehmigte Dringlichkeitsentscheidungen für Ladenöffnungen in Benrath (13.5.), Oberbilk (10.6.) Carlstadt und Kaiserswerth (17.6.).

Bei einer Enthaltung (SPD) beschloss der Rat eine Satzung für einen Düsseldorfer Jugendrat und beauftragte die Verwaltung mit der Durchführung der Wahl. Der Jugendrat besteht aus 31 gewählten Jugendlichen mit Stimmrecht, davon mindestens eine/r aus jedem Stadtbezirk und je einem von den Ratsfraktionen benannten beratenden Mitglied. Die Wahl soll möglichst im Rahmen eines

Projekttag in den Schulen stattfinden. Außerdem wird ein zentrales Wahllokal eingerichtet. Durch einen Antrag von CDU/FDP, dem in Teilpunkten auch weitere Ratsmitglieder zustimmten, wurde die zwischen Vertretern der politischen Jugendorganisationen und der Verwaltung erarbeitete Fassung von Satzung und Wahlordnung verändert.

## v Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung,

- die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Verkehrsknotens Grafenberger Allee zwischen Ivo-Beucker-Straße und Altenbergstraße zu planen, es wird mit vorläufig geschätzten Kosten von 2,2 Mio Euro gerechnet.

Der Rat beschloss

- den Ersatzneubau der Lore-Lorentz-Schule, Berufskolleg, mit Gesamtkosten von 5,6 Mio Euro, um Pavillons und Containerbauten an der Schlossallee und Heidelberger Straße dauerhaft zu ersetzen. Der Neubau wird barrierefrei errichtet, die Belange der Seh- und Hörbehinderten werden beachtet (einstimmig);
- den Erweiterungsbau des Marie-Curie-Gymnasiums (10 Unterrichtsräume) nebst Umbau der ehemaligen Räume des Gesundheitsamtes (Cafeteria mit Küche, Textilarbeitsräume, Hausmeisterwohnung) mit Gesamtkosten von 3,035 Mio Euro. Die Gebäude werden rollstuhlgerecht geplant, die Belange der Seh- und Hörbehinderten werden beachtet (einstimmig);
- die Sanierung und brandschutzmäßige Ertüchtigung des Bürodienstgebäudes Neusser Tor 4-12 (Gerresheimer Rathaus) mit Gesamtkosten von rd. 0,8 Mio Euro und stellte die Mittel außerplanmäßig bereit (einstimmig).
- die Sanierung der Stadtteilbücherei Unterrath, Eckener Straße 1 nebst Einbau von Automatiktüren und taktilen Leitsystemen für Sehbehinderte sowie eines Aufzuges, Gesamtkosten 1,1 Mio Euro. Die Baumaßnahme wird in zwei Abschnitten während der Sommerferien 2007 und 2008 durchgeführt (einstimmig);
- die überplanmäßige Bereitstellung von 5.358 Mio Euro für die Sanierung der Deutschen Oper am Rhein, so dass sich die Gesamtkosten auf rd. 35 Mio Euro erhöhen. Die Mehrkosten entstehen durch die Mehrwertsteuererhöhung (0,44 Mio, zusätzliche Baumaßnahmen in den Bereichen Lüftung und Statik (0,9 Mio), Beschleunigungsmaßnahmen, um den geplanten Premierentermin 7.4.07 einhalten zu können (0,3 Mio) sowie Kosten in Höhe von 3,7 Mio Euro, die durch die Kündigung des zweitgrößten Auftragnehmers entstehen (gegen Linke, Krüger, Enthaltung Lemmer);
- die Umsetzung des Brandschutz- und Sicherheitskonzeptes im Rheinalleetunnel in zwei Bauabschnitten bis Ende 2008 mit Gesamtkosten von 3,05 Mio Euro. Langfristige sind weitere Maßnahmen im Volumen von 0,8 Mio Euro geplant (einstimmig);
- den Abbau der alten Verkehrsrechner und die Erneuerung von Steuergeräten im Bereich Mitte 2 mit Gesamtkosten von 0,75 Mio Euro (gegen Linke);
- den Neubau des Lärmschutzwalles nebst einer Ausgleichsfläche und Versickerungsanlagen im Baugebiet Auf'm Wettsche in I tter mit Gesamtkosten von 1,5 Mio Euro (gegen Linke).

## v Baurecht

Der Rat beschloss

- die Flächennutzungsplanänderung „Nach den Mauresköthen“ (Gerresheim). Auf der 16,3 ha großen Fläche befand sich früher ein Lager der Gerresheimer Glashütte. Durch die Änderung werden nun Gewerbegebiete (für klein- und mittelständische Gewerbe), ein Sondergebiet für Schausteller, sowie Flächen für Wald, Wasser und Verkehr ausgewiesen (Enthaltung Linke);
- die zweite Verlängerung der Veränderungssperre für das Gebiet „Östlich Heyestraße“ (Gerresheim). Dort wollte sich ursprünglich ein Lebensmitteldiscounter ansiedeln. Zur Zeit wird ein Bebauungsplan mit Wohn- und Mischgebieten und einer auf 400 qm begrenzten Fläche für Einzelhandel erarbeitet (einstimmig);
- den Bebauungsplan „Nördlich Vogelsanger Weg“ (Mörsenbroich). Das Areal ist im Flächennutzungsplan überwiegend als Gewerbegebiet mit Wohngebiet entlang der Münsterstraße ausgewiesen. Nun wird das Gebiet gegliedert in besonderes Wohngebiet, Gewerbegebiet und Sondergebiet für Möbelmarkt. Im allgemeinen Wohngebiet an der Münsterstraße sind vier bis fünf-geschossige Bauungen nebst gewerblichen Nutzungen und Einzelhandel bis 800 qm im Erdgeschoss festgesetzt. Im Gewerbegebiet werden ein bis acht-geschossige Neubauten am Vogelsanger Weg zugelassen, wobei hier Einzelhandel ausgeschlossen ist (Enthaltung Linke);
- den Bebauungsplan für das zwischen Stockumer Kirchstraße, Kaiserswerther Straße, Beckbuschstraße gelegene „Blumenviertel“ (Stockum). Durch ein vereinfachtes Verfahren werden in diesem überwiegend durch Ein- und Familienhäuser geprägten Wohngebiet nun gestalterische Festsetzungen getroffen und bauliche Entwicklungen in sehr geringem Umfang zugelassen (einstimmig).

Bitte beachten: Im Verlauf einer mehrstündigen Sitzung können mir durchaus Fehler bei der Wiedergabe der Abstimmungsergebnisse unterlaufen. Deshalb gilt natürlich das offizielle Protokoll, das nach Genehmigung in einigen Wochen im Internet zu finden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,  
Email: [helgaleibauer@arcor.de](mailto:helgaleibauer@arcor.de)